

Hartz-Reformen taugen nicht als Vorbild

Sollte sich Frankreich ein Beispiel an Deutschland nehmen? Nicht wenn es um die Agenda 2010 geht. Die Gründe für die Stärke der deutschen Wirtschaft liegen woanders.

Frankreich gilt als der neue „kranke Mann“ in Europa. Wenn das Land wieder wettbewerbsfähiger werden will, müsse es nachholen, was Deutschland mit seiner Agenda 2010 und den Hartz-Reformen vorgemacht hat. Diese Sichtweise ist weit verbreitet, auch unter Ökonomen. Doch sie hat nichts mit der Realität zu tun. In einer aktuellen Analyse zeigen Forscher des IMK, was die wahren Gründe dafür sind, dass sich Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Deutschland derzeit in guter Verfassung befinden: Entscheidend sind nicht die „marktorientierten Strukturreformen“ von Anfang der 2000er-Jahre, sondern die Maßnahmen im Zuge der Finanzkrise. Von der Öffentlichkeit fast unbemerkt habe die deutsche Politik in dieser Zeit einen „heimlichen Paradigmenwechsel“ vollzogen, weg von der einseitigen Ausrichtung auf Exporte, hin zu einer stärkeren Binnenwirtschaft. So sei ein relativ ausgewogener Aufschwung möglich gewesen, der das Wachstum bis heute treibe. Ein wichtiger Faktor dabei: Auch die Löhne der Beschäftigten stiegen seit 2011 spürbar.

Schaut man sich die Wirtschaftsentwicklung seit Beginn der Währungsunion an, mag zunächst überraschen, dass der Abstand zwischen Deutschland und Frankreich gar nicht so groß ausfällt. Das Bruttoinlandsprodukt hat sich über den gesamten Zeitraum in etwa gleich stark entwickelt. „Es gibt also keinen generellen Wachstumsrückstand der französischen Wirtschaft gegenüber der deutschen“, schreiben die IMK-Experten. Allerdings seien die Volkswirtschaften in jeweils unterschiedlichen Zeiträumen gewachsen. Die Forscher unterscheiden zwei Phasen: Nach einem Gleichlauf zu Beginn der Währungsunion fiel die deutsche Wirtschaft in den Jahren 2001 bis 2005 deutlich hinter die französische zurück. Ab 2005 bis zum Beginn der Finanzkrise glichen sich die Wachstumsraten mit leichten Vorteilen für Deutschland wieder an. In der Finanzkrise brach die Wirtschaft in Deutschland wesentlich stärker ein als in Frankreich. In der darauf folgenden zweiten Phase ab 2009 wuchs die deutsche Wirtschaft hingegen deutlich kräftiger und konnte ihren Wachstumsrückstand vollständig aufholen. Wenn also von einer Krise in Frankreich und der starken Wirtschaft in Deutschland die Rede ist, dann trifft dies nur auf die Zeit nach der Finanzkrise zu.

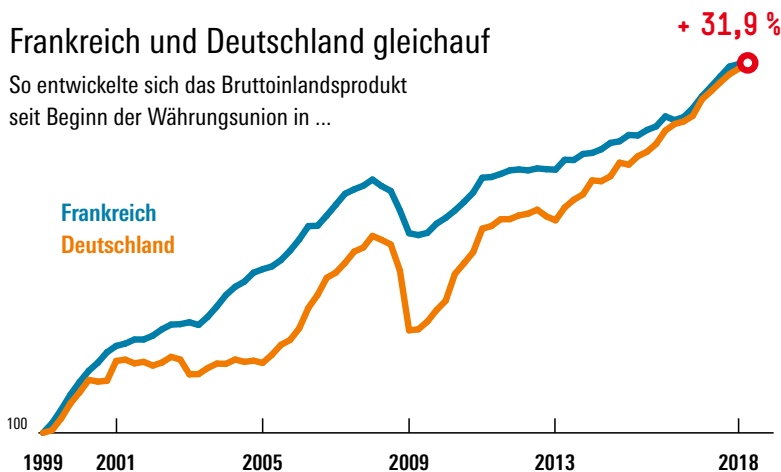
Der größte Unterschied zwischen beiden Ländern zeigt sich am Arbeitsmarkt: Bis zur Finanzkrise war die Arbeitslosenquote in Frankreich niedriger als in Deutschland. Seitdem ist es umgekehrt, und der Abstand nimmt Jahr für Jahr zu. In Deutschland fällt jedoch nicht nur die Arbeitslosenquote merklich niedriger aus als in Frankreich, sondern auch die durchschnittliche Arbeitszeit pro Kopf. Das Ar-

beitsvolumen wird hierzulande mit einer höheren Beschäftigtenzahl realisiert. Oder anders ausgedrückt: Die vorhandene Arbeit wird auf mehr Köpfe verteilt.

Dies liegt einerseits an der relativ hohen Bedeutung von Teilzeitarbeit in Deutschland, andererseits an der unterschiedlichen Reaktion auf die Finanzkrise. Trotz des massiven Einbruchs der Produktion blieben Jobs erhalten – das gelang, weil die Arbeitszeiten in vielen großen Unternehmen über Zeitkonten flexibel waren, dank staatlicher Stützungsmaßnahmen und der Kurzarbeit. Nach der Schwächephase konnte so schnell wieder das frühere Niveau erreicht und übertroffen werden. Damit blieben die Einkommen in der Krise stabil, danach wuchsen sie. Dies wiederum stärkte den privaten Konsum, der für den deutschen Aufschwung in den vergangenen Jahren – anders als in früheren Boomphasen, die vor allem exportgetrieben waren – eine maßgebliche Rolle spielte. Nebenbei profitierte davon auch der Staat, indem er höhere Steuereinnahmen verzeichnete.

Frankreich und Deutschland gleichauf

So entwickelte sich das Bruttoinlandsprodukt seit Beginn der Währungsunion in ...



Quelle: Macrobond 2018 Grafik: bit.do/impuls1362 Daten: bit.do/impuls1363

Hans Bockler
Stiftung

„Mit der als Stabilisierungspolitik erfolgreichen Stimulanz des Konsums richtete sich, ohne dass dies in nennenswertem Umfang Gegenstand öffentlicher Diskurse war, die Wirtschaftspolitik in Deutschland neu aus“, schreiben die IMK-Ökonomen. Während es im vorherigen Jahrzehnt noch das Ziel gewesen sei, mittels Arbeitsmarktreformen Druck auf die Löhne zu machen und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, werde nunmehr die Bedeutung der Binnennachfrage stärker anerkannt. Lohnsteigerungen erschienen nicht mehr als Bedrohung wirtschaftlicher Aktivität, sondern als deren Treiber. Schließlich erweiterten sich mit höheren Reallöhnen die Konsummöglichkeiten der privaten Haushalte. <

Quelle: Gustav A. Horn, Sebastian Watzka: Ist Frankreich ein Sanierungsfall oder Deutschland?, IMK Policy Brief Nr. 10, November 2018 Download: bit.do/impuls1364